

# Bürgerinitiative für den Erhalt öffentlichen Eigentums

c/o Peter Rosenbaum, Rosental 10, 38114 Braunschweig, Tel.: 56541

Pressemitteilung

26.02.2006

## Haben OB Hoffmann und seine Berater bewusst entscheidende Dokumente zur Stadtentwässerung unterdrückt?

Es geht um die Einnahme von immerhin über 100 Mio. € in den Stadthaushalt, Finanzmittel, die aus dem Gebührenbereich der Braunschweiger Abwasserwirtschaft stammen und die der Oberbürgermeister zum Schaden der Gebührenzahler für sein Haushaltswunder zweckentfremden wollte.

Es war der entscheidende Dreh, der von der Beraterfirma KPMG ausgedachten Geldvermehrung zulasten der Gebührenzahler.

Nun stellt sich heraus, dass entscheidende Dokumente – darunter ein Ratsbeschluss von 1997 – der Aufsichtsbehörde nicht vorgelegt worden sind - . . . von den hochbezahlten Beratern der „KPMG“, zugehöriger Anwaltskanzlei Beiten-Burkhardt und Oberbürgermeister einfach vergessen! **Nach den jetzt aufgefundenen Unterlagen aus dem Jahre 1997 stünden der Stadt gerade mal noch 27,6 Mio. € aus dem Gebührenbereich zu, also nicht mal ein Drittel der beanspruchten Summe!**

## Platzt damit die ganze Privatisierung der Abwasserwirtschaft?

... Kann schon sein, denn die Kommunalaufsicht hat sich bei ihren Teilgenehmigungen auf wahrheitsgemäße, vollständige Angaben aus dem Rathaus verlassen. Es ist kaum glaubwürdig, dass diese entscheidenden Dokumente nur „vergessen“ wurden.

Oberbürgermeister Hoffmann wird jetzt einiges zu erklären haben :

Wurde hier zur Geldschöpfung aus den Taschen der Gebührenzahler getrickt? Beruht das `Wunder von Braunschweig´ zur Entschuldung des städtischen Haushalts auf Scheingeschäften und Dokumenten-Unterdrückung?

Sehr ungelegen kommen solche Nachfragen der Beraterfirma „KPMG“, die seit einer Woche wegen **Scheingeschäften, Urkundenfälschung, Steuerhinterziehung** und **„Verschwörung“** gegen die US-Steuerbehörden rund um den Erdball die Wirtschafts-Presse füllt (siehe: [www.unser-braunschweig.de](http://www.unser-braunschweig.de)). „KPMG“ hat diese Straftaten eingeräumt und mit freiwilliger Strafzahlung in Höhe von 465 Mio. \$ drohende Haftstrafen vorerst abgewandt.

Folgende Forderungen sind bis zur vollständigen Aufklärung der Versäumnisse um die vergessenen Dokumente an Rat und Verwaltung zu stellen:

- Einfrierung aller Beratergeschäfte mit „KPMG“ sowie mit deren verbundener Anwalts- und Steuerberatungskanzlei Beiten-Burkhardt;
- Aufdeckung der Gesamtheit aller Beratergeschäfte mit „KPMG“ sowie der Kanzlei Beiten-Burkhardt in den letzten 6 Jahre mit Auflistung aller Beraterkosten;
- Stopp des Privatisierungsverfahrens: Aussetzung des schon wieder als Ermächtigung für den OB beschlossenen Beschlusses eines Weiterverkaufs der Stadtentwässerung an BS-Energy/Veolia mit 500 Tsd. € Aufpreis;
- Prüfung von Schadenersatz-Ansprüchen gegen die Verantwortlichen der Stadt und ihre Berater.